

Protokolleintrag vom 10.11.2004

2004/586

Interpellation von Roger Tognella (FDP) und Monjek Rosenheim (FDP) vom 10.11.2004: Sozialhilfe, Unterbringung einer Familie in einem Hotel

Von Roger Tognella (FDP) und Monjek Rosenheim (FDP) ist am 10.11.2004 folgende *Interpellation* eingereicht worden:

In einem Medienbeitrag wurde bekannt, dass im Hotel Zic Zac eine Familie mit vier Kindern auf Kosten des Sozialdepartement wohnt und dafür monatlich Mietkosten von über 8000 Franken anfallen.

Wir bitten den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Trifft der Sachverhalt zu? Wenn Ja, seit wann wohnt die Familie in diesem Hotel und warum kam es zu dieser Einlogierung?
2. Seit wann und aus welchen Gründen bezieht die Familie Sozialleistungen?
3. Dem Vernehmen nach ist der Vater bereits seit längerer Zeit erwerbslos. Wie sehen die Details hierzu aus?
4. Wie lautet die Logisvereinbarung und wie gross ist die finanzielle Abwicklung zwischen Hotel Zic Zac und dem Sozialdepartement? Trifft es zu, dass auch Nebenkosten, z. B. für Wäsche, zur Bezahlung anfallen? Bitte vollständige Aufstellung nach Vollpension, Halbpension, Zimmer mit Morgenessen und Nebenkostendetails in übersichtlicher Darstellung.
5. Trifft es zu, dass hin und wieder ein Kinderhütendienst ins Hotel kommt um die Kinder zu hüten und auch diese Kosten verrechnet werden? Wie hoch sind die Kosten? Wie und wo sind diese Leistungen des Sozialdepartementes intern schriftlich reglementiert?
6. Welche weiteren Kosten (zusätzlich zu Frage 4) sind der Stadt Zürich angefallen und wie hoch sind die Gesamtausgaben für besagte Familie monatlich? Bitte um detaillierte und übersichtliche Aufstellung über die Ausgaben für diese Familie in den vergangenen Monaten/Jahren.
7. Gibt es ähnlich gelagerte Sozialfälle in der Stadt Zürich? Wenn ja, wieviele und mit welchen jeweiligen Kosten und Nebenkostendetails sowie der diesbezüglichen Logisdauer pro Fall rückblickend bis ins Jahr 2000?
8. Welche Massnahmen gedenkt der Stadtrat zu ergreifen, dass solche Fälle und kostenintensiven Unterbringungen inskünftig vermieden werden können?
9. Mit Einverständnis der Betroffenen, wäre eine Unterbringung in eine Wohnung ausserhalb der Stadt, wo teilweise noch günstige Leerwohnungen vorhanden sind, nicht auch eine praktikable Alternative? Welche weiteren Alternativen hierzu hat der Stadtrat zudem geprüft, beispielsweise Zivilschutzunterkunft, Wohnwagen, Wohncontainer etc.?